



**dbb**  
beamtenbund  
und tarifunion

## **dbb Jahrestagung**

Köln, 8. Januar 2024

### **Starker Staat – wehrhafte Demokratie**

**Ulrich Silberbach**

Bundsvorsitzender

+++ Sperrfrist Montag, 8. Januar 2024, 10.00 Uhr +++

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
Sehr geehrter Herr Staatssekretär Krösser,  
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

ich freue mich, Sie zur dbb Jahrestagung hier in Köln begrüßen zu können. Ich wünsche Ihnen von Herzen alles Gute, viel Gesundheit und Kraft für all die Herausforderungen, die das neue Jahr für uns bereithalten wird.

In guter Tradition nehmen wir unsere dbb Jahrestagung zum Anlass, um die aktuelle Entwicklung des öffentlichen Dienstes und grundlegende gesellschaftspolitische Fragen zu diskutieren.

Umso enttäuschender ist es, dass die Bundesinnenministerin als zuständiges Kabinettsmitglied diesen Termin nicht wahrnimmt. Auch die Art und Weise ihrer Absage ist bis heute einzigartig in der Tradition zwischen dem BMI und dem dbb: Weder hat es eine persönliche Nachricht, noch eine sonstige Begründung gegeben, warum die schriftliche Zusage nicht eingehalten wurde. Diese Stillosigkeit haben wir bisher im ansonsten guten und vertrauensvollen Miteinander zwischen BMI und dbb noch nicht erlebt. Ich will aber an dieser Stelle ausdrücklich den Staatssekretär Bernd Krösser und die Arbeitsebene von dieser Kritik ausnehmen. Da gibt es keine Friktionen und ich freue mich, dass Du hier bist, lieber Bernd, und viele aus dem Team BMI mitgebracht hast.

„Starker Staat – Wehrhafte Demokratie“ ist das diesjährige Motto unserer Tagung. Es ist leicht gesagt, klingt geradezu selbstverständlich.

Doch wir müssen feststellen, dass der Staat bei Weitem nicht so stark ist, wie er sein sollte: Rasanter Wandel und eine Vielzahl von Krisen stellen das Land und seine Institutionen auf eine harte Probe. Und das hat natürlich Auswirkungen!

Um das Vertrauen der Bevölkerung in die Handlungsfähigkeit des Staates ist es aktuell nicht gut bestellt. Laut unserer aktuellen dbb Bürgerbefragung gehen nur 27 Prozent der Bürgerinnen und Bürger davon aus, dass der Staat in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen. Zahlreiche ähnliche Befragungen anderer Institutionen kommen zum gleichen Ergebnis.

Zugegeben: Die Ursachen für Vertrauensverlust und Unsicherheit sind nicht nur in politischen Fehlern hierzulande zu finden, sondern liegen auch in den vielen internationalen Krisen. Pandemie, Naturkatastrophen, Kriege – insbesondere natürlich der russische Überfall auf die Ukraine und der entsetzliche Angriff der Hamas auf Israel. All diese Ereignisse sind folgenschwer, fordern auch hier bei uns Staat und Gesellschaft.

Der Bundeskanzler hat in seiner Regierungserklärung im November gesagt: „Nur, wenn Deutschland sich modernisiert, kann Deutschland auf Krisen reagieren, als starkes Industrieland wettbewerbsfähig bleiben und den Reformstau auflösen.“

An dieser Stelle sage ich: ja, richtig! Aber das ist ja nicht neu – und wann soll das bitte endlich geschehen?

Klar ist: Der Weg zur Modernisierung ist mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Staatsfinanzen noch steiniger geworden und der Richterspruch hat der Bundesregierung einen ordentlichen Dämpfer versetzt.

Die Entscheidung aus Karlsruhe bedeutet eine tiefe Zäsur für die deutsche Haushaltspolitik. Manch einem Regierungsvertreter hat es hier schlicht den Boden unter den Füßen weggezogen.

Viel steht jetzt auf dem Prüfstand. Und noch viel mehr steht auf dem Spiel! Das aktuelle Ansehen von verschiedenen Institutionen ist laut der jüngsten forsa Umfrage ebenfalls ein Gradmesser über den Zustand unserer Demokratie.

Wenn das Vertrauen in die Politik und insbesondere in deren maßgeblichen Repräsentanten nicht weiter schwinden soll, dann müssen den Menschen im Land klare Perspektiven aufgezeigt werden. Kein Verwalten, sondern Gestalten!

Dabei ist es mit Floskeln wie Wumms, Doppelwumms oder Deutschland-Tempo nicht getan, jetzt ist unverzüglich konkretes Handeln angesagt!

Denn die Bürgerinnen und Bürger merken sehr genau, ob den Worten auch Taten folgen. Und was heißt schon „Deutschland-Tempo“?

Nimmt man den einst lautstark angekündigten Deutschland-Takt der Deutschen Bahn zum Maßstab, dann wissen wir heute: Bis 2070 wird sich nicht allzu viel ändern – und pünktlich kommen bis dahin nur die

absurd hohen Bonuszahlungen für völlig freischwebende Vorstände. Und das obwohl – oder vielleicht gerade weil – der Staat mit dem Bundesverkehrsministerium Gesellschafter ist und mit dem Bundesfinanzministerium dem Aufsichtsrat vorsitzt.

Das, meine Damen und Herren, steht leider sinnbildlich für den politischen Umgang mit unserer aller Infrastruktur und der öffentlichen Daseinsfürsorge in den letzten Jahrzehnten: Privatisieren, Kaputtsparen und hinterher Krokodilstränen vergießen. Das, meine Damen und Herren, ist organisierte Verantwortungslosigkeit – und der drittgrößten Volkswirtschaft auf diesem Planeten unwürdig!

Vor diesem Hintergrund ist der aktuelle Vorwurf von Bundesjustizminister Buschmann, die Verwaltung wäre zu bürokratisch und brauche lediglich einen Mentalitätswechsel, um auch mal „fünf gerade sein zu lassen“, fast schon unverschämt. Die Kolleginnen und Kollegen nutzen bereits heute ihre Ermessensspielräume, sind aber – zum Glück – eben an Recht und Gesetz gebunden. Was die Kolleginnen und Kollegen brauchen, meine Damen und Herren, ist keine populistische Schelte des Justizministers. Sie brauchen eine praxistaugliche Gesetzgebung, eine Digitalisierung der Verwaltung und vor allem eine aufgabenentsprechende Personal- und Sachmittelausstattung. Kurz: Sie brauchen endlich ordentliche politische Führung!

Der Richterspruch aus Karlsruhe zu den Staatsfinanzen entfaltet nun also einiges an Druck im Bund und in den Ländern.

Vergessen werden darf dabei aber dabei nicht die ebenfalls höchststrichterliche Entscheidung zur einseitigen Belastung künftiger Generationen.

Was bedeutet das?

Die Schuldenbremse wurde ersonnen, damit wir zukünftigen Generationen keine Schuldenberge hinterlassen und sie damit überfordern. Man kann künftige Generationen aber auch überfordern, wenn man ihnen eine völlig marode Infrastruktur hinterlässt oder sie mit den Folgen eines ungebremsten Klimawandels alleine lässt.

Vor diesem Dilemma stehen wir nun.

Ja, einerseits hatten wir noch nie so hohe Steuereinnahmen für die öffentliche Hand zur Verfügung wie heute.

Andererseits hatten wir seit der Gründung der Bundesrepublik auch noch nie einen so großen Investitionsstau und noch nie so viele Krisen gleichzeitig zu bewältigen.

Richtig ist: Alle Staatsausgaben müssen auf den Tisch, alles muss geprüft werden. Dabei werden wir feststellen, dass wir Prioritäten setzen müssen. Nicht jede soziale Wohltat ist vielleicht sofort zu haben. Dabei werden wir auch feststellen, dass der Staat an vielen Stellen genauer hinschauen muss – sowohl bei der Verhinderung von Sozialbetrug, als auch beim dem, was wir oft – viel zu nett – als „Steuervermeidung“ beschreiben. Dabei werden wir nicht zuletzt feststellen, dass wir unser über Jahrzehnte gewachsenes

Subventionsdickicht von mittlerweile fast 70 Mrd. Euro, in dem für fast jedes Grüppchen was dabei ist, lichten müssen.

Richtig ist aber auch: Das wird wahrscheinlich nicht reichen, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen und die dringend notwendigen Investitionen zu finanzieren. Ob darüber hinaus die Schuldenbremse neu justiert oder neue Sondervermögen auf den Weg gebracht werden müssen, sei dahingestellt.

Klar ist für mich: Es muss investiert werden.

In Bildung, damit Schulen saniert und Lehrkräfte eingestellt werden.  
In Infrastruktur, damit wir mit neuen Trassen die Verkehrs- und Energiewende voranbringen. In die Gesundheit, in Sicherheit, kurz: in eine funktionierende Daseinsfürsorge.

### **Also reden wir über Bildung!**

Ob Lehrkräfte in heute überfüllten Klassen, oder Erzieherinnen, die den Anspruch auf Ganztagsbetreuung real werden lassen: Menschenwürde und Demokratie beginnen bereits hier!

### **Reden wir über Infrastruktur!**

Ob Beschäftigte im Straßen- und Verkehrswesen auf den verschneiten Autobahnen, bei der Deutschen Bahn, im Luftverkehr, der Wasser- und Schifffahrt oder bei Post und Telekom, überall zerbröseln unsere Gemeinwohlsubstanz.

Klar ist: Wer jetzt die falschen Entscheidungen trifft, darf sich nicht wundern, wenn einerseits Modernisierung und Zukunftsfähigkeit

ausbleiben und andererseits insbesondere die junge Generation sich von der Politik abwendet oder irgendwo festklebt.

Dafür muss Politik sich „ehrlich machen“. Nicht nur in Haushaltsfragen. Sondern grundsätzlich. Sich selbst und den Menschen im Land reinen Wein einschenken, was geht und was nicht geht. Und vor allem: Sich wieder konsequent an Recht und Gesetz halten, statt zu oft „mal fünf gerade sein zu lassen“!

Zur Wahrheit über den Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Politik gehört für mich nämlich auch, dass es oft gar nicht die konkreten Entscheidungen in Sachfragen sind, die die Menschen erschüttern, sondern das Gefühl, dass es viele Verantwortliche nicht allzu genau nehmen mit der Achtung vor dem Rechtsstaat. Selbstbedienung durch Maskenbetrug in der Pandemie, verfassungswidrige Besoldung, verfassungswidrige Haushalte, immer mehr von Karlsruhe kassierte Gesetze... jede Nachwuchskraft im öffentlichen Dienst fragt sich doch, ob sie im Staats- und Haushaltsrechtsseminar etwas verpasst hat, was da lautet „kreativer Umgang mit dem Recht“.

\*\*\*

Dabei haben wir mit unserem Grundgesetz – dessen 75. Geburtstag wir in diesem Jahr feiern dürfen – eine feste Basis, die beständig den Rahmen unseres Zusammenlebens definiert.

Die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger werden besonders geschützt und als verbindliche und einklagbare Rechte verankert. Sie stehen für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Vielfalt, Solidarität und einen respektvollen Umgang miteinander.

Mit der Verfassung allein ist es aber nicht getan. Es liegt in der Verantwortung von Staat und Gesellschaft, unsere freiheitliche Demokratie auch zu verteidigen und immer wieder aufs Neue mit Leben zu füllen. Wir alle können und müssen unseren Beitrag dazu leisten, damit in unserem Land kein Platz für Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Hass, Hetze und Gewalt ist.

Das Fundament unserer lebendigen, streitbaren und wehrhaften Demokratie ist ein starker, funktionsfähiger und verlässlicher Staat.

Der funktioniert aber nur mit verantwortungsbewusster Politik:

- Eine Politik, die die Herausforderungen unserer Zeit angeht und meistert, die ökologische Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft umsichtig vorantreibt, die Digitalisierung nicht weiter verschläft, der notwendige Anpassungen an den demografischen Wandel vornimmt und Migration sinnvoll steuert.
- Eine Politik, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahrt, die für Chancengleichheit sorgt, durch gute Bildung, durch gerechte Besteuerung, durch gute Verwaltung.
- Eine Politik, die die Sorgen und Ängste ihrer Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, innere Sicherheit gewährleistet, die Herrschaft des Rechts verteidigt und die für Berechenbarkeit und Verlässlichkeit steht.

- Eine Politik, die ihrer Verantwortung für die Europäische Union und in der NATO gerecht wird, die ihren Beitrag zur Bewahrung unserer europäischen Friedens- und Freiheitsordnung leistet und ihre innere Politik so betreibt, dass sie nicht in Widerspruch zu Europa gerät, das sich in der neuen Weltunordnung behaupten muss

\*\*\*

Es gibt so viel für eine gute Zukunft zu tun, was unserer Gesellschaft Halt und Orientierung bieten kann. Stattdessen erleben wir hier Lethargie, dort Wut, vielerorts Verunsicherung.

Wir müssen feststellen, dass der gesellschaftliche Umgang rauer geworden ist und immer rauer wird. Es bilden sich immer weiter voneinander entfernte Lager und viele Menschen fühlen sich nicht mehr mitgenommen.

Diese Stimmung wird von populistischen und demokratiefeindlichen Gruppen von innen und von außen geschürt und verstärkt. Sie nutzen die Angst vor Veränderungen und locken mit vermeintlich einfachen Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Doch in Wirklichkeit tragen sie maßgeblich zur Polarisierung unserer Gesellschaft bei. Sie sind eine ernst zu nehmende Gefahr für unsere Demokratie!

Die politischen Kräfte unseres Landes, die an seiner freiheitlich-demokratischen Grundordnung festhalten, setzen auf einen handlungsfähigen öffentlichen Dienst.

Zu Recht, denn für die Zukunfts- und Handlungsfähigkeit unseres Landes geht es um nicht weniger als die Frage, ob der öffentliche Dienst auch in Zukunft noch seine Kernaufgaben erfüllen kann.

In unserer jüngsten forsa Umfrage kurz vor Weihnachten haben wir fragen lassen, was die größten Bedrohungen für unser demokratisches System sind.

Fast zwei Drittel der Befragten sehen die Bürgerferne unserer Politik, unmittelbar gefolgt vom Erstarken rechtsextremer politischer Bewegungen und dem religiösen Fanatismus, als größte Bedrohungen für unser demokratisches System an.

Wir haben heute an ganz vielen Stellen nur noch eine Schönwetter-Daseinsvorsorge in Deutschland.

Das ist die traurige Wahrheit, und die Bürgerinnen und Bürger und auch unsere Kolleginnen und Kollegen erleben das jeden Tag.

Bundeskanzler Scholz hat die Menschen im öffentlichen Dienst auf unserem letzten Gewerkschaftstag als die Gestalter der Zeitenwende bezeichnet. Gut so. Aber kein Handwerker kann arbeiten, wenn ihm eine Hand auf den Rücken gebunden wird und auch noch das Material fehlt. Auf uns im öffentlichen Dienst übertragen heißt das: Zur Gestaltung der Zeitenwende brauchen wir das richtige Werkzeug – in Form von guten Gesetzen und einer ordentlichen Ausstattung. Und wir brauchen Personal - und zwar in allen Bereichen. Kurz: mehr von all den tollen Menschen im Dienst der Menschen!

### **Reden wir über den Schutz unseres Rechtsstaates!**

Ob Beschäftigte in der Justiz oder im Strafvollzug, ob Polizistinnen und Polizisten bei zahlreichen Großdemos oder Sicherheits- und

Rettungskräfte in ihrem unermüdlichen Einsatz, vielen fehlt die politische und gesellschaftliche Rückendeckung.

Sie alle schultern die schwierigen Rahmenbedingungen und leisten ganz hervorragende Arbeit! Und dies hat unser aller Anerkennung und Wertschätzung verdient!

Diese heute schon dramatische Lage wird sich verschärfen im Bund, in den Ländern und Kommunen – überall! Die Zahlen kennen Sie alle schon lange: Dem Staat fehlen mehr als 550.000 Beschäftigte und die Lage wird mit der Pensionierung der Babyboomer immer schlimmer: Über 1,3 Millionen Kolleginnen und Kollegen gehen in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand.

Ob klassische Verwaltung, IT-Abteilungen, Kindergärten, Stadtreinigung oder Bauämter, in nahezu allen Bereichen sind offene Stellen ausgeschrieben, die sich nicht oder kaum noch besetzen lassen. Selbst für attraktive Führungsstellen wird es immer schwerer, Personal zu finden.

Man kann es auf den schlichten Satz bringen:

„Der Personalnotstand gefährdet die Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung“.

Erschwerend kommt hinzu, dass immer mehr Regelungen in immer kürzerer Zeit getroffen werden, beachtet und umgesetzt werden müssen. Noch nie haben neue Gesetze so umfängliche Kosten und bürokratischen Aufwand für Unternehmen, Behörden und Bürger verursacht. Allein in 2022 sind diese Belastungen um 9,3 Mrd. Euro auf 26,8 Mrd. Euro gestiegen!

Und um das hier nochmal klar zu adressieren: Nicht wir machen die Gesetze. Wer also weniger Bürokratie will, muss sagen, was gut ist und was weg kann.

Immer mehr Aufgaben bei gleichzeitigem Personalmangel – diese Rechnung geht nicht auf!

### **Reden wir über unsere kommunale Selbstverwaltung!**

Ob Beschäftigte in den Kommunen, in den Jobcentern, in der Sozialen Arbeit und dergleichen, dort wo das Leben stattfindet, droht Handlungsunfähigkeit.

In zahlreichen Brandbriefen warnen mittlerweile die Kommunen vor einer drohenden Überlastung.

Allein hier in Nordrhein-Westfalen haben sich kürzlich 355 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister an die Landesregierung gewandt und schlicht festgestellt:

„Die Summe an aktuellen Herausforderungen überfordert die Kommunen.“

Chronische Unterfinanzierung und permanente Aufgabenzuwächse nehmen den Kommunen die Luft zum Atmen und letztendlich die Kapazitäten für ihre Kernaufgabe!

Ob das der Bevölkerung und den Beschäftigten vermittelbar ist?

Wohl kaum!

Vielmehr werden Leistungen eingeschränkt und die Bereitschaft, sich einzubringen wird dadurch auch nicht gefördert. Gerade aber die sog. freiwilligen Aufgaben, wie zum Beispiel Schwimmbäder, Sportstätten, Jugendzentren, Theater, Büchereien usw. sind der Kitt, der eine Gesellschaft zusammenhält.

Zu dem Vertrauensverlust kommt eine immer größere Verrohung in weiten Teilen unserer Gesellschaft hinzu.

Leidtragende sind unsere Kolleginnen und Kollegen!

Sie werden immer häufiger als Repräsentanten des Staates beschimpft, bedroht oder tätlich angegriffen.

Wir sprechen hier nicht mehr von Einzelfällen!

Und wir sprechen auch nicht „nur“ von den Beschäftigten bei der Polizei und den Rettungsdiensten!

Mehr als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat laut unserer dbb Bürgerbefragung schon verbale oder physische Gewalt erlebt. Betroffen sind Beschäftigte in den Jobcentern, Bürgerämtern, Schulen und vielen weiteren Bereichen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen halten den Kopf hin für den Vertrauensverlust in den Staat und dafür, dass der öffentliche Dienst seit Jahren auf Verschleiß gefahren wurde.

Die Politiker in Bund, Ländern und Gemeinden sind in der Pflicht, sich vor ihre Beschäftigten zu stellen und sie angemessen zu unterstützen.

Moralisch, materiell und organisatorisch!

Jetzt heißt es klare Kante und null Toleranz zeigen!

\*\*\*

Wir bekennen uns zu einem dauerhaft leistungsfähigen, lernenden und digitalen Staat, den wir zukunftsfest gestalten wollen.

Eben einem Staat, dem die Bürgerinnen und Bürger wieder Vertrauen, einem Staat, der seine Aufgaben zügig und effektiv erledigt,

einem Staat, der für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgt mit Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern, die im Dienste unserer Demokratie stehen!

Wer einen solchen Staat will, dem muss dieser auch etwas wert sein, der muss seine tragenden Säulen stärken!

Und dazu zählt an allererster Stelle das Berufsbeamtentum als ein Wesensmerkmal unseres öffentlichen Dienstes in Deutschland.

Der Beamtenstatus ist und bleibt Dreh- und Angelpunkt für die Verlässlichkeit unseres öffentlichen Dienstes und ist auch weltweit anerkanntes Qualitätsmerkmal sowie ein Aushängeschild unseres Landes.

Wir dürfen daher von allen Dienstherren auch erwarten, dass sie sich zu diesem besonderen Dienst- und Treueverhältnis bekennen - und vor allem auch seinen Wert für den Staat und die gesamte Gesellschaft immer und uneingeschränkt klarmachen!

**Also: Reden wir über einen starken Staat und ein modernes Berufsbeamtentum als dessen tragende Säule!**

Einen Aspekt möchte ich heute gesondert herausstellen, der auch höchststrichterlich eindeutig und untrennbar zum Wesensmerkmal des deutschen Berufsbeamtentums gehört: Es gibt kein Streikrecht für Beamtinnen und Beamte! Es gibt auch kein partielles Streikrecht für bestimmte Beamtengruppen!

Eine Aufspaltung in Dienstverhältnisse mit unterschiedlichen Gestaltungsrechten wäre nicht nur systemwidrig, sondern nach unserer festen Überzeugung auch nicht verfassungskonform.

Wir haben das dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eindeutig übermittelt. Nun haben die Richterinnen und Richter

gesprochen und unsere Auffassung glasklar bestätigt. Unsere Bildungsgewerkschaften und der gesamte dbb stehen zum uneingeschränkten Streikverbot für Beamtinnen und Beamte.

Neben dem Streikverbot zeichnen viele weitere Aspekte das Berufsbeamtentum aus. Dazu gehört natürlich die Bindung an das Recht sowie die unbedingte Treue zum Grundgesetz. Für uns ist daher klar – und man kann das nicht oft genug betonen: Wer nicht mit beiden Beinen auf dem Boden der Verfassung steht, hat im öffentlichen Dienst nichts zu suchen.

Was aber tun, wenn hier in Einzelfällen doch mal Zweifel aufkommen?

Nahezu ein Jahr lang wurde über die Reform des Bundesdisziplinarrechts gerungen.

Klar, es gab einen eindeutigen Auftrag aus dem Koalitionsvertrag, Verfassungsfeinde schneller aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen.

Und natürlich brauchen wir in solchen Fällen konsequentes Handeln, denn es geht um nicht weniger als das Vertrauen in den Staat.

Da sind wir bei Ihnen!

Und ja, auch wir sind der Auffassung, Disziplinarverfahren zu verkürzen, ist der richtige Ansatz. Aber der Weg dahin muss über alle Zweifel erhaben sein. Wir lehnen etwa Polizeibeauftragte als Sonderermittler ab, wir brauchen keine Paralleljustiz. Wir erwarten stattdessen rechtsstaatliches Handeln durch eine entsprechend ausreichende Personalausstattung in der Justiz.

Geordnete und einheitliche Verfahren wären das Gebot der Stunde – denn warum sollen in dieser maßgeblichen Frage für die Beamtinnen und Beamten in Bund und Ländern unterschiedliche Regeln gelten?

Dies wäre vielmehr ein weiterer Baustein für einen überflüssigen und schädlichen Beamten-Föderalismus.

Übrigens: Das besondere Dienst- und Treueverhältnis im Berufsbeamtentum ist keineswegs eine Einbahnstraße. Auch für die Dienstherrn sind damit einige Pflichten verbunden. Dazu gehört für uns ganz klar, dass sie den Beamtinnen und Beamten nicht immer wieder irgendwelche Sonderopfer abverlangen!

Trotzdem hat es seit Beginn meiner ersten Amtszeit keine Rede gegeben, in der ich nicht auf das Thema Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten des Bundes eingehen musste.

Im Jahr 2006 wurde die Wochenarbeitszeit einseitig zu Sparzwecken erhöht und weiterhin tragen alle bis heute diese Sonderbelastung mit. Doch die ursprüngliche Begründung ist längst weggefallen und die 41 Stunden Woche daher in keiner Weise zu rechtfertigen. Dies ist ein drängendes und mehr und mehr ärgerliches Problem!

Denn aus Sicht vieler Beamtinnen und Beamten ist dies eine dauerhafte Missachtung berechtigter Interessen und ein weiterer schwerer Vertrauensbruch der Politik seit vielen Jahren.

Vor genau einem Jahr hat uns Frau Ministerin bei unserer Tagung hier an dieser Stelle in Aussicht gestellt, dass insbesondere belastete Berufsgruppen entlastet werden sollten.

Und was ist passiert? NICHTS! Es gibt an diesem Punkt keinerlei Bewegung, noch nicht mal eine Andeutung, geschweige denn einen Einstieg in die Absenkung!

Schon bemerkenswert, mit welcher unterschiedlicher Geschwindigkeit Recht gesetzt wird – Stichwort Bundesdisziplinarrecht – oder eben nicht – Stichwort Wochenarbeitszeit. Da helfen auch die vielen Sonntagsreden

nicht, in denen Beamtinnen und Beamten immer wieder bestätigt wird, wie wertvoll sie doch für unser Gemeinwesen sind. So untergräbt man das Vertrauen derer in den Staat, die ihn eigentlich tragen sollen!

Völlig indiskutabel ist im Übrigen auch die regelmäßig wiederkehrende Forderung oder Diskussion, die Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen.

Wie schön einfach die Welt in ideologischer Verkürzung doch sein kann: Gleiches Recht für alle und noch dazu am Ende mehr Geld für alle? Wie wunderbar – warum machen wir das nicht längst?

Weil das mit der Wirklichkeit eben nicht übereinstimmt! Wer nicht nur populistische Reden hält, sondern genauer hinschaut und vor allem genau rechnet, weiß, dass das über Jahrzehnte mit massiven Doppelbelastungen verbunden und tatsächlich unbezahlbar wäre!

Wir werden jedenfalls weiter mit aller Kraft die tragenden Säulen des Berufsbeamtentums und damit des öffentlichen Dienstes verteidigen. Wer Verlässlichkeit will, muss auch Verlässlichkeit bieten!

Nicht zuletzt, damit die Arbeit beim Staat auch in Zukunft für junge Menschen attraktiv ist.

Zur Attraktivität des öffentlichen Dienstes gehört übrigens auch, dass er für alle Zielgruppen, die sich für eine Karriere im öffentlichen Dienst interessieren, sichtbarer wird und eine vielfaltsorientierte Verwaltungskultur etabliert wird. Stichwort: Diversität.

Wenn sich eine Gesellschaft verändert, muss sich das logischer Weise auch in ihrem öffentlichen Dienst niederschlagen.

Damit wir uns da nicht falsch verstehen: Leistung, Eignung und Befähigung müssen bei der Besetzung von Stellen weiterhin das Maß aller Dinge sein. Das ist für mich Voraussetzung und Bedingung! Aber außer Frage steht für mich, dass wir noch besser darin werden können, die Fähigkeiten und Talente der heutigen und zukünftigen Beschäftigten zu erkennen und zur Geltung zu bringen!

Wir unterstützen deshalb gerne die aus dem BMI initiierte Diversitätsstrategie für die Bundesverwaltung und haben die klare Erwartung, dass wir hier zeitnah zu Ergebnissen kommen.

\*\*\*

Apropos Ergebnisse: 2023 war ein Mega-Jahr in Sachen Einkommensrunden!

Wir wissen, dass Einkommensrunden immer zäh sind, aber sowohl die letzte Runde mit Bund und Kommunen als auch die mit den Ländern hatten es wirklich in sich.

Dass es uns am Ende nach intensiven Verhandlungsrunden gelungen ist, Tarifkompromisse zu erzielen, die sich sehen lassen können, dies ist auch und vor allem Euer Verdienst, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ohne die vielen Warnstreiks und Protestaktionen wäre dieses Ergebnis nicht denkbar gewesen. Euer Einsatz hat sich gelohnt! Spürbare Einkommenszuwächse konnten erreicht werden!

Natürlich ist dies in diesen Zeiten keine Selbstverständlichkeit, aber eine gute Investition in die Zukunft des öffentlichen Dienstes!

Dass ein Gleichschritt zwischen Bund und Kommunen auf der einen sowie Ländern auf der anderen Seite erreicht werden konnte, freut mich ganz besonders – führt aber natürlich unweigerlich zu der Frage, wann die öffentlichen Arbeitgeber endlich wieder zu gemeinsamen

Verhandlungen zurückkehren werden – vielleicht möchten gleich der Herr BMI-Staatssekretär und später am Tag der NRW-Ministerpräsident dazu ja etwas sagen...

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für uns ist die Einkommensrunde seit jeher immer erst dann beendet, wenn das Tarifiergebnis zeit- und wirkungsgleich auf Besoldung und Versorgung übertragen wurde.

Mit der im November verabschiedeten Besoldungs- und Versorgungsanpassung erhalten alle Beamtinnen und Beamten des Bundes in gleicher Weise einen Ausgleich für die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten und nicht zuletzt Anerkennung für ihre Arbeit, die unter nicht immer einfachen Bedingungen erfolgt.

Umso dringlicher ist es, dass hier auch die weiteren Herausforderungen in Sachen Besoldung und Versorgung angegangen werden: Es muss nun endlich auch auf Bundesebene eine verfassungskonforme Besoldung und Versorgung erzielt werden. Es kann und darf nicht sein, dass der Bund ein weiteres Jahr die einzige Gebietskörperschaft ist, die ihre Beamtinnen und Beamten nicht verfassungskonform alimentiert.

In Sachen verfassungskonforme Besoldung haben die Länder wenigstens schon mal angefangen, ihre Hausaufgaben zu machen – auch wenn sich unsere Landesbünde gewünscht hätten, dafür seltener vor die Gerichte ziehen zu müssen!

Dafür steht in den Ländern die Übertragung des Tarifabschlusses aus dem Dezember natürlich noch ganz am Anfang. Immerhin: Bisher sind hier keine großen Ausreißer in Sachen 1-zu-1-Umsetzung in Sicht.

Unsere Landesbünde werden die Gesetzgebungsprozesse in den kommenden Monaten intensiv begleiten, damit das auch so bleibt!

\*\*\*

Zu einem handlungsfähigen Staat gehören natürlich, auch das ist keine neue Erkenntnis, zeitgemäße Standards bei der Digitalisierung. Sie sind kein „nice to have“, sondern Grundvoraussetzung, um aktuelle Krisen und zukünftige Herausforderungen zu meistern.

Menschen, die mit digitalen Verwaltungsangeboten zufrieden sind, bewerten auch die Leistungsfähigkeit des Staates höher – da sind wir wieder beim Punkt „Vertrauen“.

Leider ist Deutschland immer noch weit davon entfernt, die Verwaltung digitalisiert zu haben und im europäischen Ranking weiter auf den hinteren Rängen.

- Nur 3 Prozent der Bürgerinnen und Bürger halten Deutschland bei der Digitalisierung für gut aufgestellt.
- Nur 28 Prozent schätzen die Chancen positiv ein, dass Deutschland diesen Rückstand zukünftig aufholen wird.

Allein die fatale Bilanz des Onlinezugangsgesetzes zeigt die Diskrepanz zwischen politischen Versprechungen und der ernüchternden Realität.

In den fünf Jahren der OZG-Umsetzung ist es nicht ansatzweise gelungen, eine deutschlandweit flächendeckende Digitalisierung aller wesentlichen Verwaltungsleistungen zu erreichen.

Angesichts der Kritik von zahlreichen Akteuren an dem Nachfolgegesetz – dem sogenannten OZG 2.0 – bin ich skeptisch, dass uns hiermit die Trendwende gelingen wird.

Immerhin hat jetzt der Bundeskanzler im Rahmen des Deutschland-Pakts versprochen, dass bis Ende 2024 15 Fokusleistungen, die für die Bürgerinnen und Bürger besonders wichtig sind, durchgängig digitalisiert werden sollen.

Chapeau, 15 Leistungen! Wir sind gespannt...

An den Beschäftigten im öffentlichen Dienst wird es jedenfalls nicht scheitern, das ist gewiss!

Ganz im Gegenteil: Die Kolleginnen und Kollegen sehen in erster Linie die Chancen der Digitalisierung und Automatisierung für Ihre Arbeit.

So wie die Digitalisierung der Verwaltung aktuell in Deutschland umgesetzt wird, sorgt sie allerdings nicht für eine Arbeitserleichterung bei den Beschäftigten, sondern für deutlich mehr Arbeit.

Denn Digitalisierung ist natürlich nicht per se besser, wenn sie schlecht umgesetzt wird.

Sie ist erst dann ein Gewinn, wenn sie für die Beschäftigten wirklich zu einer Arbeitserleichterung führt und damit Personalressourcen für andere Aufgaben frei werden.

Wir hatten lange genug eine „Schaufensterdigitalisierung“!

Wichtig sind jetzt Verfahren, die von Anfang bis zum Ende digital sind.

Es darf nicht sein, dass nur die Anträge auf Bürgerseite digital eingereicht werden können und dann ein analoger Prozess in der Verwaltung folgt.

Unsere Vorschläge dazu liegen schon lange auf dem Tisch.

**Also: Reden wir über Chancen und Risiken von KI und ihre Auswirkungen auf die Arbeitswelt!**

\*\*\*

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
einen letzten Gedanken möchte ich uns zum Abschluss noch mit auf  
den Weg geben:

Vor uns liegt ein Jahr mit Wahlen in Europa und in den Bundesländern  
Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Die Ergebnisse dieser Wahlen werden auch ein Gradmesser für den  
Zustand unserer Demokratie sein.

Naturgemäß geht es dabei auch immer um Veränderung, denn nur so  
kann Zukunft gestaltet werden.

Solche Veränderungen lassen sich aber leichter meistern, wenn man  
auf einem festen Fundament steht; wenn wir auf gemeinsamen Werten  
aufbauen, die weit über das Tagesgeschäft hinaus Gültigkeit haben.  
Werte, die beständig sind.

Meine Damen und Herren,

unser Grundgesetz ist Ausdruck einer geglückten Ordnung als klarer  
rechtsstaatlicher Gegenentwurf zu Gewaltherrschaft und Diktatur. Mit  
den vorangestellten Grundrechten ist es aber auch Ausdruck von  
Mahnung und Anspruch zugleich, dass es um die Freiheit unserer  
Gesellschaft geht:

die Freiheit jedes Bürgers,

die Freiheit unserer Gesellschaft,

auch die Freiheit für uns als Gewerkschaften!

Ich denke, dies kann nicht oft genug betont werden.

**Reden wir also über die Herausforderungen für eine freie  
Gesellschaft!**

Ich bin fest davon überzeugt, dass wenn wir die identitätsstiftende Kraft unseres Grundgesetzes kennen, erkennen und leben und unseren Staat zukunftsfest aufstellen, wenn wir ein Europa gestalten, dass den Menschen Sicherheit und Perspektiven bietet – dann werden dieser Staat und dieses Europa auch weiter starke und wehrhafte Demokratien in Einigkeit und Recht und Freiheit sein!